

P R O T O K O L L  
der 450. Sitzung des Grossen Gemeinderats

---

Datum	Dienstag, 18. März 2025
Zeit	19.30–21.00 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Gashi Hilmi
Mitglieder	Anliker Sophia, Arnold Luc, Balmer Thomas, Beck Hanna, Bless Adrian, Buff Ronald, Eggli Caterina, Eugster Simon, Fankhauser Suzanne (ab 19.40 Uhr), Grossen Gaby, Grossenbacher Franziska, Grütter K. Urs, Held Lorenz, Kaczala Gregor, Kearns Françoise, Koelbing Martin, Künti Karin, Lauper Reto, Legler Bettina, Legler Vanessa, Liechti Erika, Lucas Christoph, Mäder Renate, Messerli Patricia, Müller Kearns Alan, Perler Sandra, Racine Raphaël, Reich Julien, Sager Manuel, Schenk Johanna, Scherrer Annette, Siebenrock-Häberli Charlotte, Soder Rolf, Weibel Raphael, Zaccaria Angelo, Zloczower Emanuel, Zurlinden Noémie
Stimmenzählende	Matter Andreas, Schnyder Kathrin
Vertreter des Gemeinderats	Köbeli Jan, Gemeindepräsident Bärtschi Markus, Bircher Laura, Grubwinkler Christa, Klopfstein Carole, Siegenthaler Muinde Gabriele
Sekretariat	Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin
Zusätzlich anwesend	Corina Bühler, Leiterin Zentrale Dienste Leuenberger Martin, Leiter Hochbau und Planung, (Trakt. 3)
Entschuldigt abwesend GGR:	–
	GR: Häuselmann Bernhard
Protokoll	Corinne Schweizer (ab Audioaufnahme / entschuldigte Abwesenheit an Sitzung)

## Traktanden

1. Protokoll der Sitzung vom 21. Januar 2025 55
2. Legislaturziele 2021–2024; Schlussbilanz per Ende 2024 56
3. Schulanlage Moos; Neugestaltung Aussenraum; Verpflichtungskredit 57
4. Motion FDP.Die Liberalen (Eugster): Einführung von Spezialklassen 62
5. Postulat Kearns (forum), Messerli (forum), Grossenbacher (Grüne), Müller Kearns (FDP): Priorisierung der Verkehrsmassnahmen auf der Thorackerstrasse mit Einführung von Tempo 40 für mehr Schulweg- und Verkehrssicherheit 66
6. Informationen des Gemeinderats / der parlamentarischen Kommissionen 68
7. Neue parlamentarische Vorstösse 70

Der Vorsitzende: Ich begrüsse alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier, unsere Gäste – Pege von den «Lokal Nachrichten» ist heute wohl nicht da – und die Vertretungen der Verwaltung zur 450. Sitzung des Grossen Gemeinderats (GGR) von Muri-Gümligen. Das Protokoll der heutigen Sitzung wird anhand der Aufnahmen geschrieben. Die Protokollführerin ist abwesend, Corina Bühler, Leiterin zentrale Dienste, springt für sie ein – danke, Corina. Zur Auskunftserteilung ist Martin Leuenberger, Leiter Hochbau und Planung, anwesend. Ich möchte auch Erika Liechti vom forum herzlich begrüssen, die heute an ihrer ersten Sitzung teilnimmt. Einleitend ein paar Fragen, Gedanken oder eben Reaktionen auf die letzte Sitzung. Mir wurden nach der letzten Marathonsitzung ein paar Fragen gestellt. Ob man die Sitzung hätte unterbrechen können. Ob es nicht möglich gewesen wäre, verbleibende Traktanden auf eine nächste Sitzung zu verschieben. Ja, die Möglichkeit besteht gemäss unserer Geschäftsordnung jederzeit, einen Ordnungsantrag zu stellen, wenn man beispielsweise eine kurze Pause oder eine Fraktionsbesprechung machen oder eben einen Antrag auf Verschiebung der restlichen Geschäfte stellen will. Es war eine Sitzung, die viel zu reden gab. Ich freue mich, dass alle drangeblieben sind und heute noch da sind. Das zeigt das Engagement und die Ernsthaftigkeit, wenn man sich für unsere Gemeinde einsetzt. Wir vom Büro werden zusammen mit dem GR schauen, dass wir die künftigen Sitzungen sowohl von den Traktanden wie auch von der Einschätzung her, wie lange sie dauern könnte, besser planen, damit viereinhalbstündige Sitzungen nicht die Regel werden.

Eine Frage, die ebenfalls aufgetaucht ist, war punkto Reden. Man sei von den langen Reden, die es gegeben hat, überrascht gewesen. Es ist klar: Wir haben als Parlament keine Redezeitbeschränkung. Erfahrungsgemäss ist es sinnvoller, wenn man sich bei Reden auf Kernaussagen konzentrieren würde – viele Sachen erhalten wir bereits schriftlich und haben sie schon vorher studiert –, und sich auf Gedanken und Argumente konzentriert und diese vielleicht auch kürzer vorträgt. Beim Schreiben der Reden, wenn ich mir diesen Trick erlauben darf, ist eine Sprechminute gleich 13 Zeilen à 60 Zeichen. Wenn man eine solche Rede schreibt und die 60 Zeichen respektieren will, muss man Jahreszahlen und Abkürzungen ausschreiben, denn sonst landet man wieder bei einer langen Rede.

Noch ein paar praktische Hinweise an Euch: Bitte bei den Abstimmungen die Karte wirklich deutlich hochhalten und nicht zögern. Denn es ist für uns recht schwierig, zu zählen. Dann so lange oben halten, bis die Frage gestellt wird: Wer ist dagegen, oder wer enthält sich? Die Karte wirklich bis zur nächsten Frage deutlich hochheben.

Letztes Mal hat es super funktioniert, dass die Fraktionssprecherinnen, Fraktionssprecher aufstehen, damit wir auch noch Zeit haben, sie nach der Reihenfolge rechtzeitig und ordnungsgemäss aufzufordern, ihre Rede zu halten. Soweit die einleitenden Gedanken.

### **Traktandenliste**

*Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.*

#### **1. Protokoll der Sitzung vom 21. Januar 2025**

*Das Protokoll wird stillschweigend genehmigt.*

Der Vorsitzende: Die Protokollführerin ist heute, wie gesagt, nicht da, und ich bitte Euch, bei den Reden wirklich auch deutlich ins Mikrofon zu sprechen, damit die Aufnahmen funktionieren. Sie wird das Protokoll anhand der Aufnahmen verfassen.

## 2. **Legislaturziele 2021–2024; Schlussbilanz per Ende 2024**

Der Vorsitzende: Die Unterlagen liegen schriftlich vor. Die GPK hat das Geschäft zur Kenntnis genommen und verzichtet auf ein Votum; ausschliesslich aufgrund des Umstands, dass wir als Parlament das Geschäft nur zur Kenntnis nehmen können.

Jan Köbeli (GR): Ich fasse mich kurz, weil ich, wie Ihr auch, bei diesem Geschäft aussenstehender Beobachter bin. Ich war nämlich weder bei der Erarbeitung noch bei der Erfüllung dieser Legislaturziele dabei. Ich muss mich also einerseits einfach auf dieses Schriftstück hier und andererseits auf die Diskussionen mit meinen Kolleginnen und Kollegen im GR verlassen. Wir haben uns natürlich über die alten wie auch die neuen Legislaturziele unterhalten. Mit Blick auf das Dokument darf ich feststellen, dass sehr viel auf Grün oder Blau gestellt ist, und Grün oder Blau ist gut. Bei etwas genauerer Prüfung sieht man, dass fast die Hälfte der Ziele zu 100 Prozent abgeschlossen wurden. Weiter sieht man: Einen Erfüllungsgrad von 33 Prozent oder mehr haben wir bei 88 Prozent der Ziele. Gestützt auf diese Ausführungen komme ich zum Schluss, dass man dem GR in seiner alten Zusammensetzung bei der Erfüllung der Legislaturziele ein sehr gutes Zeugnis ausstellen kann.

Der GR hat sich bezüglich der neuen Legislaturziele bereits zweimal zu einem längeren Workshop getroffen. Wir haben die Legislaturziele, soweit es die neue Legislatur betrifft, einigermassen «auf dem Schlitten». Wir müssen jetzt noch ein wenig zusammenfassen und sortieren. Klar ist: Wir werden etwas schlanker werden. Wir wollen nicht mehr so viele Ziele und eine so überladene Liste, wie wir sie vor uns haben. Wir möchten gerne etwas schlanker werden. In Zukunft wollen wir uns auch vorbehalten, dass wir, wenn wir einen sehr guten Zielerfüllungsgrad haben, je nachdem auch wieder spontan neue Ziele aufnehmen. Wenn etwas aufpoppt und wir das Gefühl haben, wir wollten es gleich bearbeiten, wollen wir auch einen gewissen Spontanitätsgrad. Aber mehr Details zu den neuen Legislaturzielen geben wir Euch, wenn wir sie Euch zur Kenntnis bringen. Dann erklären wir Euch auch genau, wie wir diese Ziele erarbeitet haben und wie die Liste aussieht. Was dieses Dokument hier betrifft, ist es aus meiner Sicht ein sehr gutes Zeugnis für den GR in alter Zusammensetzung. Ich habe geschlossen, merci vielmals.

Der Vorsitzende: Mit Susanne sind nun 40 Ratsmitglieder anwesend – willkommen.

*Eintreten wird nicht bestritten. Der Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend kapitelweise Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten. Keine Fraktionserklärungen.*

Detailberatung

Umwelt

*Keine Bemerkungen.*

Wirtschaft

*Keine Bemerkungen.*

Gesellschaft

*Keine Bemerkungen.*

Jan Köbeli (GR) verzichtet auf ein Schlusswort. Kein Rückkommen.

*Von der Schlussbilanz zu den Legislaturzielen 2021–2024 wird Kenntnis genommen.*

### 3. Schulanlage Moos; Neugestaltung Aussenraum; Verpflichtungskredit

Der Vorsitzende: Die Unterlagen liegen schriftlich vor. Zur Auskunftserteilung ist Martin Leuenberger, Leiter Hochbau und Planung, anwesend.

Martin Koelbing (GPK): Die Aufgabe der GPK ist, ein Geschäft auf seine Vollständigkeit, seine Gesetzmässigkeit und seine Entscheidungsreife zu prüfen. Beim vorliegenden Traktandum 3, der Gestaltung des Aussenraums der Schulanlage Moos, kam die GPK zum Schluss, dass diese drei Kriterien nicht erfüllt sind. Dies aus den folgenden vier Gründen.

Der erste Grund ist die mangelnde Kostentransparenz. Wir haben zwar am Freitagnachmittag, also vor vier Tagen, noch eine Auflistung erhalten, wie sich die beantragten CHF 530'000 zusammensetzen. Diese Auflistung ist aber ein wenig wie ein Puzzlesack, in dem alle Puzzleteile drin sind, aber das Bild zeigt sich noch nicht. Das ist einerseits dem Umstand geschuldet, dass uns die zugrundeliegende Konzeptstudie von «Haaf & Haemmig», die vor anderthalb Jahren erstellt wurde, nicht vorliegt. Der Hauptgrund ist aber, dass es ein reines Angebot ist. Diese Studie ist eine Machbarkeitsstudie und zeigt, was möglich ist, aber nicht, was der GR wirklich will. Es ist ein bisschen wie ein Haushaltsgeschäft, das einem jungen Paar, das einen gemeinsamen Haushalt gründen will, mit einer Liste sagt, was es alles kaufen sollte; aber was das Paar wirklich braucht, kann das Haushaltsgeschäft nicht sagen. Das ist die Entscheidung des Paares.

Der zweite Grund ist die fehlende Kostengenauigkeit. Die SIA-Norm 102 zu den Honoraren und Leistungen der Architektinnen und Architekten sagt auf S. 19, dass das Vorprojekt eine Genauigkeit von 15 Prozent aufweisen muss, das eigentliche Projekt mit dem Kostenvoranschlag dann eine Genauigkeit von 10 Prozent. Uns wird eine Summe mit einer Kostengenauigkeit von 25 Prozent beantragt. Ich habe versucht, alle ähnlichen Projekte in der Gemeinde der letzten 50 Jahre, soweit sie mir zugänglich waren, zu erfassen. Soweit ich sie finden konnte, hat keines der vom GGR genehmigten Projekte, die eine Summe von CHF 500'000 und mehr bewilligen, diese Kostengenauigkeit von 25 Prozent. Das höchste sind 15 Prozente, vielleicht einmal ein Projekt mit 20 Prozent. Es ist noch nicht so lange her: Am 27. April 2020 hat der GGR, als zwei Drittel von Euch schon im Parlament sassen, zwei Projekte von Aussenraumgestaltungen einstimmig bewilligt, weil sie eben transparent dargestellt waren. Das eine war das Dorfschulhaus für etwa CHF 330'000, das andere die Schulanlage Moos, bei der aber auch Sanierungen enthalten waren, von etwa CHF 800'000.

Der dritte Grund ist, dass dieser Antrag Art. 102 der Gemeindeverordnung missachtet. Martin Leuenberger schüttelt den Kopf – und dafür sind wir hier: Dass in Rede und Gegenrede Dinge geklärt werden. Dieser Art. 102 nennt das Trennungsverbot und sagt uns: Ein Projekt, das aus Teilprojekten besteht, die sich gegenseitig bedingen und zusammengehören, muss immer als Gesamtprojekt beschlossen werden. Deshalb ist es auch kein einfacher Projektkredit für ein Einzelprojekt, sondern ein Verpflichtungskredit.

Sowohl die Liste, die wir erhalten haben, als auch die ganze Botschaft, sagt klar: Es ist ein Projekt mit drei Etappen. Deshalb ist es zwingend, dass wir nicht nur die CHF 530'000 für die Etappen 2 und 3 bewilligen, sondern auch die vom GR am 24. Juni 2024 bewilligten CHF 256'100. Es ist für diese Frage des Trennungsverbots völlig unerheblich, ob das Geld schon ausgegeben ist oder nicht und ob es der GR schon bewilligt hat. Selbst wenn man behaupten würde, dass das, was Ihr letzten Juni bewilligt habt, ein einzelnes Projekt ist, das mit den Etappen 2 und 3 nichts zu tun hat, liegt es alleine schon mit den CHF 256'100 über dem Kompetenzrahmen von CHF 250'000, den der kleine GR hat.

Auch die Splittung in einzelne Kässeli, die Ihr gemacht habt, zeigt einfach, woher das Geld kommt, aber nicht die Legitimität des Geldes. Das ist ein Unterschied. Wenn wir jetzt einmal einen Kostenrahmen von plus/minus 25 Prozent nehmen,

muss man für das Ganze einen Betrag von rund CHF 786'000 bewilligen. Der letzte Grund, weshalb dieses Projekt aus unserer Sicht nicht entscheidungsreif ist, ist der, dass es einen einzigen Satz zu den Interferenzen zwischen den jetzigen Massnahmen und der zugehörigen Gesamtsanierung der Schulanlage Moos gibt. Alle von uns, die schon einmal eine Liegenschaft aussen saniert haben, wissen, dass zum Beispiel eine Hecke, die man pflanzt, zehn Jahre braucht; und wenn man später ein Gerüst aufbaut, muss man die Hecke, wenn sie am falschen Ort steht, wieder fällen. Wir sollten also, um mit gutem Gewissen über dieses Projekt entscheiden zu können, genauere Angaben haben, wie die gegenseitigen Interferenzen mit der zukünftigen Gesamtsanierung sind.

Ich gebe Euch noch einen letzten Hinweis zum zweiten Grund, danach höre ich auf. Ein kleines Rechenbeispiel: Plus/minus 25 Prozent Kostengenauigkeit heissen in Zahlen ausgedrückt, dass uns das Projekt im günstigsten Fall CHF 297'500 kostet, im ungünstigsten Fall aber CHF 632'500 – 166 Prozent mehr als im günstigsten Fall oder gleich zwei Drittel teurer. Der GGR hat in den letzten 50 Jahren, soweit ich es überblicken kann, noch nie ein Projekt mit dieser Kostungenauigkeit bewilligt. Ich würde mich noch so gern eines Besseren belehren lassen.

Ich weiss, der letzte Satz gehört nicht mehr zum Auftrag der GPK: Alle von Euch, die mir ein solches Projekt zeigen können, das wir mit 25 Prozent Unschärfe bewilligt haben, werden von mir ins Fährbeizli zum Zmittag eingeladen, und es würde mich echt freuen, 40 Leute könnten 40 solche Projekte zeigen. Dieses Geld würde mich nicht reuen. Verzeiht, das ist nicht GPK-like, aber ich wollte es doch noch sagen.

Carole Klopstein (GR): Ich werde als allererstes zur Eintretensfrage votieren und, um die Redezeit nicht zu strapazieren – nein, pardon. Ich muss zum jetzigen Zeitpunkt auf den Rest des Geschäfts eingehen. Es tut mir leid, wenn ich die Redezeit jetzt ein wenig strapaziere. Aber es ist mir doch ein wichtiges Anliegen, dass wir heute zumindest darüber diskutieren können, was das Projekt enthält. Denn die an mich herangetragenen Voten lassen darauf schliessen, dass es vielleicht nicht nur ein formalistisches Problem mit diesem Kredit gibt, sondern auch ein inhaltliches. Für uns wäre es für eine allfällige Überarbeitung ausserordentlich wichtig, dass das Geschäft nicht abgewiesen wird, damit wir, wenn wir es in der nächsten Sitzung genauso bringen, wissen, woran wir arbeiten müssen, was wir korrigieren und was wir nachliefern müssen.

Zwischenruf von K. Urs Grütter (SVP): Ich stelle einen Ordnungsantrag. Wir haben eine Eintretensdebatte, und wenn eingetreten wird, können wir materiell diskutieren, und wenn wir nicht eintreten, dann treten wir nicht ein.

Carole Klopstein (GR): Es tut mir leid, Urs, aber ich habe noch nie ein Votum zum Eintreten gehalten. Auch ich lerne dazu. Also bitte etwas Kulanz, merci vielmals. – Entschuldigung, jetzt wurde ich etwas aus dem Rhythmus gebracht. Also, als allererstes zur mangelnden Kostentransparenz und Genauigkeit. Uns ist bewusst, und wir gestehen es auch ein, dass wir offensichtlich zu wenig detaillierte Informationen geliefert haben. Nichtsdestotrotz ist das Bauprogramm im Fliesstext dieser Botschaft klar ersichtlich. Zur Kostengenauigkeit von plus/minus 25 Prozent gibt es zu sagen: Ja, wir blieben auf der Stufe Machbarkeitsstudie stecken. Aber wir hatten das Gefühl, dass dies im Rahmen einer Aussenraumgestaltung zumutbar ist. Es ist auch so, dass die Kosten, die bis jetzt in der ersten Etappe generiert wurden, dieser Annahme recht geben. Denn sie lagen genau innerhalb dieses Kredits. Die Kostengenauigkeit von plus/minus 25 Prozent tut hier im Rat eigentlich nichts zur Sache. Denn der GR darf so oder so nur plus 10 Prozent ausgeben. Also wäre der einzige Nachkredit, den wir sprechen könnten, theoretisch zusätzliche CHF 53'000. Wir haben in keinsten Art und Weise vor, das zu tun.

Was das Puzzle anbelangt: Ich finde, dass wir versucht haben, im Botschaftstext schon auch zu umschreiben, was für ein Gesamtbild diese Massnahmen später

genau ergeben sollen. Es ist so, dass zum Beispiel die Verkleinerung der Arena oder die Versetzung der Veloständer einfach einen grossen Teil davon ausmachen. Weiter ist es so, dass wir sicher darüber diskutieren können. Es ist auch so, dass sich der GR belehren lässt, dass wir die Machbarkeitsstudie hätten mitgeben sollen. Das stimmt sicher. Wir haben aber das Gefühl, dass die Zeitspanne zwischen Freitag und heute für den Detaillierungsgrad, den wir noch zusätzlich geliefert haben, zusammen mit den Informationen, die im Botschaftstext stehen und schon lange bekannt sind, zulassen, dass wir das Geschäft heute zumindest diskutieren können.

Was Art. 102 betrifft: Ja, es steht eben genau: «die sich gegenseitig bedingen». Gegenseitig bedingen sich einzig und allein die Etappen 2 und 3. Die Etappe 1 könnten wir theoretisch genau so sein lassen, ohne einen Franken mehr auszugeben. Aus diesem Grund sind wir bei unseren Vorabklärungen mit dem Handlungsspielraum, von dem wir denken, dass wir ihn haben, zum Schluss gekommen, dass wir durchaus mit dem Restkredit aus dem Verpflichtungskredit des Jahres 2021 arbeiten dürfen und die anderen Kredite, die alle schon in irgendeiner Form budgetiert wurden oder gesprochen waren, nutzen dürfen, um es zu vervollständigen. Es wurde abgeklärt, und wir haben es wirklich auch mit der Finanzverwaltung diskutiert. Es ist sicher nicht die gängigste Lösung. Aber wir mussten auch mit einem gewissen Zeitdruck arbeiten.

Weiter kam der Vorwurf, dass wir ohne genaue Planung nicht wissen, ob wir die Massnahmen auch wirklich werterhaltend einsetzen können. Wir können zum jetzigen Zeitpunkt eigentlich mehr oder weniger sagen: Wir haben zum Beispiel nicht vor, die ganze Baustelleninstallation in der Arena zu machen. Wir sind sehr sicher, sonst hätten wir das Geschäft nicht gebracht, dass wir sie werterhaltend behalten können. Es ist auch nicht so, dass wir in diesem Perimeter Bäume pflanzen, die 100 Jahre brauchen, bis sie ihre volle Wirkung entfalten. Wir sind der Meinung, dass auch die Begrünung in einem sinnvollen Zeitrahmen angelegt ist.

Der Vorsitzende: Merci, Carole, für Deine Ausführungen. Jetzt kommen wir zur Eintretensfrage.

Carole Klopstein (GR): Entschuldigung, darf ich noch etwas ergänzen? – Danke. Wir würden es begrüssen, wenn man auf das Geschäft eintreten und allenfalls später einen Rückweisungsantrag stellen würde, falls die Diskussion ergeben sollte, dass dieses Geschäft doch ungenügend vorbereitet ist.

Der Vorsitzende: Noch einmal: Ihr habt die Eintretensdiskussion schon gehört. Wird das Eintreten auf das Geschäft bestritten?

K. Urs Grütter (SVP): Ich folge dem Antrag oder der Empfehlung der GPK vollständig. Dieses Geschäft ist ungenügend vorbereitet. Man hat den Eindruck oder wird den Eindruck nicht los, dass der GR hier ein wenig dachte: Der Zweck heiligt die Mittel, und bei der Schule darf sowieso niemand etwas husten, das ist nicht populär. Also zack, durch, raus, fort. So kann man von uns aus gesehen mit dem GGR nicht umspringen. Das Geschäft ist nicht entscheidreif. Es ist auch nirgendwo irgendein Zeitdruck absehbar. Ich würde Euch doch nahelegen, der Empfehlung der GPK zu folgen und nicht auf dieses Geschäft einzutreten. Merci.

Der Vorsitzende: Urs, das ist jetzt ein Antrag? Ist es eine Empfehlung oder ein Antrag?

K. Urs Grütter (SVP): Natürlich ist es ein Antrag!

*Antrag Grütter (SVP):  
Nichteintreten*

Der Vorsitzende: Okay, dann führen wir die Eintretensdebatte.

### Eintretensdebatte

Franziska Grossenbacher (Grüne): Wir sind als Fraktion nicht in der GPK und haben von den Turbulenzen zu diesem Geschäft erst gestern erfahren. Ich würde empfehlen, dass wir auf jeden Fall auf das Geschäft eintreten. Ein paar Punkten, die Martin gesagt hat, kann ich durchaus folgen. Aber womit ich Mühe habe, ist, dass ich finde, wir respektive die GPK setzen bei den Geschäften, die wir im Rat behandeln, nicht dieselben Massstäbe an. Ich habe nicht wie Martin 20 Jahre zurück gesucht. Aber mir kamen zwei Geschäfte in den Sinn, bei denen ich finde, wir haben im Parlament durchaus auch sehr grosszügig über sie beraten, sie hatten keinen hohen Detaillierungsgrad, und die mangelnde Kostentransparenz hätte genauso gut bemängelt werden können.

Das eine ist das Geschäft, das im Januar beraten wurde: Der Kredit zur Stufenzusammenführung, bei dem wir über Positionen befunden haben wie «Einrichtung von drei Klassenzimmern CHF 165'000». Das andere war im Mai 2024 das Geschäft Dr. Haasstrasse mit Baumeisterarbeiten von CHF 318'000. Über dieses Geschäft haben wir im Rat befunden, ohne weitere Details einzufordern. Ich finde, wenn man bei diesem Geschäft hier nun sagt, es müsse detaillierter sein, müssen wir dieselben Massstäbe bei allen Geschäften anwenden.

Wenn wir als Parlament finden, das Geschäft sei nicht entscheidreif, fände ich das korrekte Vorgehen, dass wir eintreten und nachher mit einem klaren Auftrag, was wir wollen, das Geschäft wenigstens zurückweisen. Ich werde den Verdacht auch nicht ganz los, dass einem der Aussenraum einer Schule nicht so wahnsinnig wichtig, nicht viel Wert ist. Ich bin der Meinung, dann könnte man auch eintreten und den Kredit ablehnen, statt sich hinter irgendwelchen Formalitäten zu verstecken.

Angelo Zaccaria (SP): Ich kann mich Franziska nur anschliessen. Ich möchte vorausschicken: Achten wir beim Ton doch etwas darauf, dass wir verbal nicht zu fest vom Kurs abkommen. Das fände ich wichtig.

Es ist sehr wichtig, dass wir das Geschäft jetzt überweisen – ich meine nicht überweisen, sondern dass wir das Eintreten nicht bestreiten, damit wir darüber diskutieren können. Um es nicht zu verlängern: Die SP unterstützt alle Punkte, die Franziska gesagt hat, voll und ganz.

Patricia Messerli (forum): Ich kann mich meinen Vorredner anschliessen. Unsere Fraktion hat vorhin erfahren, dass ein Antrag auf Nichteintreten gestellt wird. Wir werden diesen ablehnen. Wir finden es wichtig, dass wir heute eine Diskussion über dieses Geschäft führen. Wir haben selber auch festgestellt, dass das Geschäft formelle Mängel hat. Wir haben aber das Gespräch mit Carole gesucht, und sie hat uns zusätzliche Erklärungen gegeben. Das hat einen Grossteil unserer Fraktion befriedigt. Ich danke Carole, dass wir diesen Dialog führen konnten. Ich kann alle ermuntern, wenn man ein Problem hat, vorgängig mit der zuständigen Gemeinderätin Kontakt aufzunehmen und solche Fragen zu klären.

Eben, ich würde begrüssen, wenn wir diese Diskussion heute führen könnten, damit auch die Verwaltung, Carole und die Schule – im Publikum sehe ich den geschäftsführenden Schulleiter Rolf Rickenbach – wissen, was wir wollen. Wollen wir etwas? Wollen wir nichts? Was soll es uns kosten? Denn wenn wir nicht eintreten, weiss die Verwaltung genau so wenig wie vorher, was unser Wunsch ist. Deshalb möchte ich Euch bitten, dass wir heute diese Diskussion führen können. Danach kann man, wie gesagt wurde, das Geschäft immer noch ablehnen oder einen Rückweisungsantrag stellen. Wir würden nach den Fraktionserklärungen sicher noch einen Antrag auf ein Timeout stellen. Dies schon einmal zur Information. Merci.

Martin Koelbing (forum): Es ist nicht ein Formalismus. Sondern es ist eine Frage, wie wir als öffentliche Hand Geschäfte vertreten. Ich bitte Euch, schaut Euch in einer ruhigen Stunde einmal die zwei Geschäfte vom 27. April 2021 an, die aus demselben Haus, nämlich aus dem Haus Leuenberger und aus dem Haus Bauverwaltung, sind. Es ist ein riesiger Unterschied in Bezug auf die Sorgfalt. Ich kann mir nicht erklären, warum dieses Haus sonst immer, wirklich immer, solche Projekte – es geht beide Male um Aussenraum – sehr sorgfältig und transparent macht. Wenn man die drei Projektbeschriebe nebeneinanderhält, ist man beim dritten, beim jetzigen, einfach etwas ratlos.

Raphael Weibel (FDP): Es ist eine etwas schwierige Situation, ich weiss, und es ist etwas undankbar für die Ressortverantwortliche und auch die Verwaltung, dass man ein Projekt hat, bei dem man das Gefühl hat, man ist gut vorbereitet. Man hat irgendwelche Schulferien mit Lücken, in denen man dann daran bauen kann, aber zum Teil dann eben nicht, und so weiter. Ich sage es Euch offen, ich habe zwei Herzen in meiner Brust.

Franziska, wegen diesen Krediten, die Du erwähnt hast: Es ist ein Vergleich von Äpfeln mit Birnen. Beim Strassenbau und bei der Beschaffung von Mobiliar ist sehr klar umschrieben, was man will. Es gibt das öffentliche Beschaffungswesen, und es lagen bei diesen Krediten Offerten vor, auf denen man basieren konnte. Bei der Situation, die wir nun hier haben, haben wir nichts als eine Summe und ein Projekt, das ein bisschen beschrieben ist. Man sieht ein wenig etwas auf den Plänen, und doch sieht man nicht so viel. Also, es ist nicht vergleichbar.

Ein Garten oder eine Umgebungsgestaltung ist etwas, bei dem man sagen kann, man kann es so machen, man kann es aber auch anders machen, man kann es aufwändiger machen, man kann es aber auch einfacher machen. Aber es ist nicht am Parlament, den Pinsel zu führen und eine Skizze zu machen und zu sagen, so könnten wir es machen. Denn alle haben ihre Vorstellungen. Es ist Sache der Exekutive, uns etwas vorzulegen, bei dem wir sagen können, wir wollen es oder wir wollen es eben nicht. Deshalb ist es etwas schwierig, dass man heute das Pferd vom Schwanz her aufzäumt und dem Parlament quasi sagt, diskutiert doch jetzt ein wenig darüber, ob es nun CHF 500'000 sind, ob es CHF 700'000 oder ob es nur CHF 350'000 sind. Ich fühle mich als Parlamentarier überfordert, und es ist nicht richtig, dass wir es tun müssten.

Es gibt bei diesem Geschäft auch Implikationen. Wir haben es gehört. Es gibt eine Gebäudesanierung – irgendwann. Das ist nicht terminiert. Es kann in fünf Jahren sein, es kann in zehn Jahren sein. Wir wissen es nicht. Heute sagt man, die Baustelleninstallation werde schon schauen, und so weiter. Wir wissen es einfach nicht. Es wäre genau das, was man erwartet, wenn ein Geschäft kommt, das vorbereitet ist: Dass es überdacht ist und klar gesagt wird, das geht weg oder das bleibt.

Von dem her möchte ich heute Abend nicht Basar spielen und ein wenig etwas sagen, das Euch dann mehr verwirrt, als es hilft. Denn dazu würde es nämlich führen. Ihr macht etwas, kommt nächstes Mal wieder in den Rat, und dann beginnen wir, sachlich darüber zu sprechen. Wenn wir sehen, was es wirklich kostet, was Ihr machen wollt, was es für Folgen hat und so weiter. Oder soll es später heissen: Jetzt ist es schon wieder anders, was wollt Ihr eigentlich? Heute verpflichten wir uns als Parlament nicht mit irgendwelchen Aussagen, bei denen man dann sagen kann: Ihr wolltet damals dieses und jenes, also haltet Euch jetzt bitte daran.

Nein, das können wir nicht machen. Ich finde einfach, das Vorgehen ist nicht richtig. Zieht dieses Geschäft zurück und überarbeitet es noch einmal. Es besteht keine zeitliche Dringlichkeit, weil morgen die Kinder gleich irgendwo über einen Pflasterstein stürzen oder sonst etwas. Nehmt Euch die Zeit, damit es etwas Gefreutes gibt. Wir wollen am Schluss etwas Gefreutes mit Händen und Füssen, zu dem wir ja sagen können. Das ist meine persönliche Meinung.

*Keine weiteren Wortmeldungen.*

Der Vorsitzende: Gemäss GO Art. 26 Abs. 2 haben wir diese Debatte jetzt geführt. Wir haben aus der Ratsmitte einen Antrag, nicht auf das Geschäft einzutreten. Jetzt stimmen wir über den Antrag ab. Je nach Resultat schauen wir dann, wie es weitergeht. Der Antrag aus der Ratsmitte von Urs Grütter lautet Nichteintreten auf das Geschäft.

Beschluss (21 Ja / 19 Nein / 0 Enthaltungen)  
Auf das Geschäft wird nicht eingetreten.

Der Vorsitzende: Patricia, der Antrag auf eine Pause für eine Diskussion erübrigt sich dadurch, richtig?

Patricia Messerli (forum): Genau, das erübrigt sich.

#### **4. Motion FDP.Die Liberalen (Eugster): Einführung von Spezialklassen**

Der Vorsitzende: Die Unterlagen liegen schriftlich vor.

Christa Grubwinkler (GR): Ihr habt die Antwort auf die Motion Eugster alle vorliegend. Unschwer zu bemerken ist, dass es ein komplexes Thema ist. Alain und ich nahmen uns sehr viel Zeit, die Begrifflichkeiten so vorzubereiten, dass Ihr eine reelle Chance habt, dem folgen zu können. Weil wir darin eigentlich alles gesagt haben, bin ich der Meinung, dass ich mich nicht mehr gross dazu äussern muss. Ich möchte aber noch einmal festhalten, dass wir, wie gesagt, prüfen, ob wir uns wieder an einer Timeout-Klasse beteiligen möchten, mit anderen Gemeinden zusammen. Ihr habt es gesehen: Eine solche Timeout-Klasse ist ein relativ grosser Posten. Aber es würde uns eben auch ermöglichen, innert nützlicher Frist und ohne grossen administrativen Aufwand schnell reagieren zu können. Deshalb ist sicher zu prüfen, ob wir mit Nachbargemeinden irgendeine Lösung finden könnten. Weiter ist die Befragung bei den Lehrpersonen abgeschlossen. Sie wird nun ausgewertet. Für uns ist sehr wichtig, dass die Personen, die mit unseren Schülerinnen und Schülern zu tun haben, die sie am besten wahrnehmen können und mit ihnen zusammenarbeiten, uns unterstützen und uns mitteilen, wie es für sie ist, in diesem Umfeld zu arbeiten. Deshalb bitte ich Euch darum, meiner Bitte zu folgen und diese Motion in ein Postulat umzuwandeln, damit wir all diese angefangenen oder nun beginnenden Arbeiten in Angriff nehmen können. Merci.

Der Vorsitzende: Wünscht Simon Eugster als Motionär das Wort? – Simon, sagst Du uns auch noch, ob Du mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden bist?

Simon Eugster (FDP): Selbstverständlich. Als Erstunterzeichner bin ich erfreut, dass meine Anliegen vom GR und von der Bildungsverwaltung aufgenommen wurden. Ich bin auf die Resultate der Befragung der Lehrpersonen gespannt, und ich gehe davon aus, dass diese Resultate richtungsweisend beim Weiterverfolgen unseres Ansatzes sein werden. Deshalb stimme ich der Umwandlung der Motion in ein Postulat gerne zu. Im Fokus stehen die Lehrpersonen und die Attraktivität ihres Berufsalltags in Muri-Gümligen. Das war auch der Grund für diese Motion. Wir sind überzeugt, dass die beiden Gefässe – einerseits Spezialklassen, andererseits Timeout-Klassen – wichtige Instrumente sind, um die Lehrpersonen und auch die Schülerinnen und Schüler zu unterstützen. Merci vielmals.

*Der Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.*

### Fraktionserklärungen

Franziska Grossenbacher (Grüne): Als ich die Motion las, gab es mir zu denken. Was für ein Menschenbild steckt hinter den Sätzen in dieser Motion? Die Botschaften, welche die Motion mir aussendet, sind: Eine integrative Schule senkt das Leistungsniveau einer Klasse; in einer separativen Schule kann endlich wieder ein geordneter Schulalltag hergestellt werden und der Fokus auf die Vermittlung von schulischem Stoff gelegt werden. Der Motionstext suggeriert auch, dass der Hauptauftrag der Schule ist, leistungsstarke Schülerinnen, Schüler bedarfsgerecht zu fördern. Hinter den Sätzen, die bei mir ankamen, als ich die Motion las, steckt ein Menschenbild, bei dem die Schülerinnen und Schüler kleine Lernmaschinen sind und der Auftrag der Schule ist, in neun Schuljahren möglichst viel Stoff in diese Lernmaschinen reinzubringen.

Das ist nicht die Schule, die wir Grüne uns vorstellen. Schule hat viel mehr Aufgaben, als schulischen Stoff zu vermitteln. Sozialkompetenz, Empathiefähigkeit, Toleranz: Das sind Fähigkeiten, die für den Berufsalltag mindestens so wichtig sind. Genau damit kann die integrative Schule punkten. Mit diesem einseitigen Blick, der hinter der Motion steckt, gehen nämlich auch die Bedürfnisse der Kinder völlig vergessen. Wir sehen aber auch ein, dass die integrative Schule, so, wie sie im Kanton Bern umgesetzt wird, grosse Herausforderungen hat. Das liegt von uns aus gesehen vor allem daran, dass wir zu grosse Klassen haben und dass wir zu wenig Lehrpersonen, zu wenig Fachkräfte haben. Hinein spielt sicher auch die Frage der Lehrerlöhne. Aber hier sind wir auf der falschen Ebene, um diese Probleme anzugehen. Wir müssten unseren Kolleginnen und Kollegen im Grossen Rat den Auftrag mitgeben, dass sie der Schule doch die Ressourcen sprechen, die sie eigentlich bräuchte.

Stattdessen will die FDP jetzt auf Gemeindeebene die Separierung wieder vorantreiben. Dies nicht, um auf die Bedürfnisse der Kinder mit sonderpädagogischen Bedürfnissen besser eingehen zu können, sondern, wie uns dünkt, um die Starken nicht zu stark zu bremsen. Es gibt genug pädagogische Studien, die sagen, dass von der integrativen Schule schlussendlich alle Schülerinnen und Schüler profitieren, weil die Kinder in einem inklusiven Setting individueller gefördert werden können. Das hilft sowohl den Schwächeren wie auch den Stärkeren.

Aufgrund des Motionstexts wäre für uns der Fall eigentlich klar, dass wir die Motion und auch ein Postulat sicher ablehnen. Aber wir waren froh um den nüchternen Blick des GR und die sorgfältige Antwort, die uns geliefert wurde, dass man jetzt im Rahmen der Überarbeitung des Integrationskonzepts diese Frage durchaus mitnehmen will. Auch die Befragung der Lehrpersonen finden wir eine gute Sache. Denn es gibt tatsächlich Herausforderungen und Probleme. Aber wir plädieren dafür, nicht nur das Feedback der Lehrerinnen und Lehrer zu berücksichtigen. Sondern genauso wichtig wäre es, die Eltern der Schülerinnen und Schüler zu befragen, wie sie es erleben, oder auch mit den Schülerinnen und Schülern selbst zu sprechen. Dass die Lehrpersonen im Moment frustriert sind, weil es extrem anspruchsvoll ist, ist uns klar, und man sollte vielleicht nicht allein auf ihr Feedback abstellen.

Für uns ist wichtig, dass man im Rahmen des Integrationskonzepts und der Frage der Sonderklassen auch die Auswirkungen auf die restlichen Klassen prüft. Führt es, wenn wir nun solche Sonderklassen einführen, dazu, dass wir die restlichen Klassen umso grösser machen müssen? Wir erwarten vom GR hierzu ein umfassendes Bild. Wir sind bereit, das Postulat zu überweisen, aber dann tun wir es in der klaren Absicht, dass der Grundsatz der integrativen Schule in keiner Art und Weise in Frage gestellt wird.

Reto Lauper (parteilos): Mit dieser Motion wird ein Handlungsbedarf angegangen. Es ist eine Motion zu einem Thema mit viel Emotion für alle, die selbst Kinder oder Grosskinder haben, die zur Schule gehen. Eigentlich weiss niemand genau, was die beste Variante ist, unsere Kinder auszubilden. Was wir wissen, ist, dass die Bildung, das Schulsystem in der Schweiz eine der wichtigsten Ressourcen ist, die wir haben. Wir müssen uns immer bewusst sein, für wen dieses Bildungssystem ist, für das wir hier auch viel Geld ausgeben und investieren und über das wir oft sprechen. Es ist für die Schülerinnen und Schüler; es ist für unsere Berufswelt; es ist für unsere Fachleute. Ich gehe sogar so weit, dass eine gute Bildung auch die Grundlage unserer funktionierenden Demokratie ist.

Aktuell werden in diesen Schulklassen mit einer vollständig integrativen Unterrichtsform wirklich alle unterschiedlichen Bedürfnisse und Talente gleichzeitig geschult. Ja, diese Vielfalt bietet wohl noch Probleme und Herausforderungen, sowohl für die Lehrpersonen als auch für die Schülerinnen und Schüler. Wir denken oft daran, was wir mit den sogenannten Stärksten, also den schulisch Stärksten, und den schulisch Schwächsten machen. Aber auf den Grossteil, die Mehrheit, schauen wir irgendwie nicht. Um die kümmern wir uns vielleicht zu wenig.

Mich freut ungemein, dass der umsichtige GR bereits Schritte eingeleitet hat, um zumindest die Einführung von Spezialklassen zu prüfen, in welcher Form auch immer. Besonders wichtig ist, dass man dabei die Meinung der Lehrpersonen eingeholt hat. Wir kennen das Resultat noch nicht, aber der GR wird dieser Meinung hoffentlich grosses Gewicht beimessen. Wir wollen nicht Zustände wie in einem Fussballstadion, wo jeder von den Rängen aus weiss, wie man es besser machen könnte. Aber eigentlich müsste man auf die Profis hören, und das sind eben unsere Lehrpersonen. Sie wissen, wie es geht, sie arbeiten tagtäglich mit diesen Schülerinnen und Schülern und kennen ihre Probleme und Herausforderungen. Ich bin gespannt, was dabei herauskommt.

Auch aus eigener Erfahrung habe ich die Bedeutung solcher Einführungsklassen erlebt. Mein Töchterchen hat die erste Klasse in zwei Jahren gemacht. Das war etwas vom Besten, was sie tun konnte. Zu Beginn noch zu jung, nicht reden können, einfach nicht parat sein, sprachliche Defizite, oder welche Defizite es auch immer sind – dann macht man die erste Klasse eben in zwei Jahren, tant pis. Auf das Leben hat das dermassen keinen Einfluss. Im Gegenteil, es ist sicher nur positiv. Die Schülerinnen und Schüler sind so jung, wenn sie in die erste Klasse kommen, ein paar Jahre später müssen sie schon die ersten Berufsentscheidungen treffen und sind doch noch völlig grün hinter den Ohren. Also, das ist doch eigentlich egal.

Ich unterstütze ausdrücklich, dass das Thema intensiv geprüft wird, und erachte es aufgrund der Vorarbeiten des GR als völlig einvernehmlich, dass man diese Motion als Postulat überweist. Merci.

Vanessa Legler (SP): Ich kann mich meiner Vorrednerin Franziska vollumfänglich anschliessen. Wir haben eine grosse Herausforderung in der Schweizer Bildungspolitik mit Spezialklassen versus integratives Schulsystem. Das Problem an den Spezialklassen ist oftmals, dass es zu einer Stigmatisierung der betroffenen Kinder führt und die soziale Integration erschwert. Langfristig können dadurch auch ihre Bildungschancen eingeschränkt werden. Zudem ist die Trennung von Schülerinnen, Schülern mit besonderen Bedürfnissen kostenintensiv und ineffizient, da separate Strukturen geschaffen werden müssen, was wiederum mehr Kosten generiert. Weiter haben wir schon ein Problem mit Lehrpersonen. Wir haben einen Mangel an Lehrpersonen, gerade auch, was die Speziallehrkräfte angeht. Ja, woher kommen die denn? Das kann nicht gesichert werden, weil wir erst einmal bei einem anderen Problem ansetzen müssen. Zusätzlich zeigen mehrere Studien, dass die gezielte Förderung innerhalb regulärer Klassen ebenso effektiv ist, wenn nicht sogar vorteilhafter für die Entwicklung aller Kinder in diesen Klassen. Ein integratives Schulsystem fördert die Chancengleichheit und verhindert die

soziale Ausgrenzung, indem man die Kinder mit besonderem Förderungsbedarf gemeinsam unterrichtet. Das stärkt langfristig den gesellschaftlichen Zusammenhalt und bereitet die Schülerinnen, Schüler besser auf ein diverses Arbeits- und Lebensumfeld vor. Zudem können Ressourcen gezielter genutzt werden, weil die Lehrpersonen mit individualisierten Methoden arbeiten und so alle Kinder mit individuellen Lernstrategien fördern können.

In meinem Alltag als Schulsozialarbeiterin bin ich dem Problem regelmässig begegnet. Es ist ein emotionales Thema, sei es für die Eltern, sei es für die Kinder, auch die betroffenen Kinder mit individuellem Lernbedarf, aber auch für die Lehrpersonen. Ein riesiges Problem, das wir haben, ist, dass kantonal oder schweizweit die Ressourcen nicht gesprochen werden, die es für ein erfolgreiches integratives Schulsystem braucht. Aber eben, da können wir auf Gemeindeebene nicht viel machen.

Deshalb gilt es, das gezielt zu fördern, auf jeden Fall auch die Probleme und Bedürfnisse der Lehrpersonen zu hören und zu prüfen, wie man vorgehen kann. Aber wieder zurück ins Mittelalter und Kinder, die vielleicht nicht ganz dem Idealbild entsprechen, wieder separieren, kann nicht der Weg sein. Deshalb ist die SP-Fraktion der Meinung, es ist wichtig, dass man die Lehrpersonen hört, und es ist wichtig, dass dieses Thema aufgezeigt wurde und man darüber diskutiert. Aber wir sehen den Sinn dahinter nicht, wieder Spezialklassen einzuführen. Merci.

Patricia Messerli (forum): Wir haben in unserer Fraktion schon eine erste, aber noch sehr oberflächliche Diskussion zum Thema Integration und Separation geführt. Dabei hat sich gezeigt, dass die Meinungen genauso vielfältig sind, wie die Mitglieder unserer Fraktion. Es gibt sozusagen sieben Meinungen, sieben Mitglieder. Alle haben unterschiedliche Hintergründe, haben verschiedene Erfahrungen gemacht, haben unterschiedliche Zeitungsartikel gelesen. Es gibt nicht einfach eine Antwort. Deshalb möchten wir heute noch keine inhaltliche Debatte führen.

Es geht darum, ob wir den Vorstoss als Motion oder Postulat überweisen. Ich kann es vorwegnehmen: Wir sind mit der Überweisung des Vorstosses in Form eines Postulats einverstanden. Dies aus den folgenden Gründen: Eine Motion wäre unserer Meinung nach das falsche Mittel und würde ein falsches Signal senden. Erstens haben wir keine verlässlichen Zahlen zu den Kosten, die eine Annahme der Motion verursachen würden. Zweitens möchten wir die Schule im Moment nicht noch mit einer weiteren Reorganisation belasten. Das ist uns sehr wichtig. Die Stufenzusammenführung muss nun sauber umgesetzt werden, damit Ruhe in den Schulbetrieb einkehrt, auch ohne Klassen zur besonderen Förderung, Timeout-Klassen oder Einschulungsklassen.

Ein letzter Punkt sind die Timeout-Klassen, die Christa am Anfang erwähnt hat. Uns scheint es wichtig, dass man nicht nur prüft, ob wir eine eigene Timeout-Klasse machen, bei der sich andere Gemeinden anschliessen, sondern dass ebenfalls geprüft wird, ob es möglich ist, dass wir uns einem bestehenden Angebot anschliessen. Worb hat beispielsweise schon eine Timeout-Klasse. Eine solche Lösung sollte unbedingt in die Abklärungen miteinbezogen werden. Merci.

Christa Grubwinkler (GR): Ich kann nicht auf alle Voten oder Anregungen eingehen. Bloss eins: Seid Euch bewusst, dass wir im Ressort Bildung, bevor die Eltern und Lehrer – respektive die Eltern oder die Lehrer – kommen, zuerst einmal das Kind in den Fokus stellen. Alles andere muss nachher kommen. Es ist wichtig, dass Euch allen klar ist: Wir von der Bildung schauen wirklich, dass wir die besten Voraussetzungen für unsere Schülerinnen und Schüler gewährleisten können.

Um auf Deine Anregung zurückzukommen, Franziska, man solle die Eltern miteinbeziehen: Wir haben in unserer Bildungsstrategie vorgesehen, dass erneut eine Elternbefragung gemacht wird. Bei dieser kann man sicher auch auf solche Themen eingehen. Es ist uns sehr wichtig, dass wir die Meinung der Eltern einbeziehen können. Was vielleicht auch noch nicht ganz überall durchgedrungen ist: Wir wollen

eine verstärkte Zusammenarbeit mit einem übergeordneten Elternrat, sodass wir eben auch mehr Anregungen einfliessen lassen können. Nächste Woche wird hoffentlich die erste Sitzung zustande kommen.

Patricia, Du hast angesprochen, ob wir uns an einer anderen Timeout-Klasse beteiligen würden. Ich habe mich wohl nicht klar ausgedrückt. Das werden wir selbstverständlich prüfen. Es geht uns in erster Linie darum, zu sehen, wo es diese Timeout-Klassen überhaupt gibt. Worb hat sie im Moment auch wieder, glaube ich. Deshalb müssen wir prüfen, welche Nachbargemeinden überhaupt noch eine haben und wieder bereit wären, irgendein gemeinsames Konstrukt oder eine Zusammenarbeit mit uns zu ermöglichen.

Kurz zu den Kosten der Sonderklassen. Sie werden durch bestehende Lektionen alimentiert. Es ist nicht so, dass man sie zusätzlich beschaffen muss, also ist es auch nicht so, dass es mehr Kosten auslösen würde. In der Regel kann man Lehrpersonen, die bereits angestellt sind, für diese Unterrichtslektionen ebenfalls einsetzen. Das wäre für den Moment, was ich Euch zurückgeben kann. Es würde mich freuen, wenn Ihr mir den Vorstoss als Postulat überweist, damit Alain und ich weitere Abklärungen treffen können. Merci vielmals.

Simon Eugster (FDP) verzichtet auf ein Schlusswort.

Der Vorsitzende: Wir kommen zur Abstimmung. Weil die Umwandlung in ein Postulat vom Motionär angenommen wurde, stimmen wir über die Überweisung des Postulats ab.

Beschluss (34 Ja / 6 Nein / 0 Enthaltungen)

Das Postulat FDP.Die Liberalen (Eugster): Einführung von Spezialklassen wird überwiesen.

**5. Postulat Kearns (forum), Messerli (forum), Grossenbacher (Grüne), Müller Kearns (FDP): Priorisierung der Verkehrsmassnahmen auf der Thorackerstrasse mit Einführung von Tempo 40 für mehr Schulweg- und Verkehrssicherheit**

Der Vorsitzende: Die Unterlagen liegen schriftlich vor.

Markus Bärtschi (GR): Ich verweise auf die vorliegende schriftliche Stellungnahme des GR. Der Beschluss zur Überprüfung der flankierenden Massnahmen befindet sich in der Umsetzung. Die Massnahmen müssen anschliessend zwingend auf ihre Auswirkungen überprüft werden, und sie werden gegebenenfalls auch nachjustiert. Bis dann macht es keinen Sinn, das Pferd quasi während des Rennens zu operieren.

Die Situation an der Thorackerstrasse, auch im Hinblick auf die Sicherheit, darf als gut bezeichnet werden. Mit den beschlossenen Massnahmen wird zusätzlich eine weitere punktuelle Verbesserung, insbesondere im Bereich der Fussgängerquerung und der Einmündung des Seidenberggässchens, angestrebt. Weshalb bezeichne ich sie als gut? Wir erhielten die Auswertungen des Messprogramms mit den Visi-Speed-Geräten des letzten Jahres. Wir massen während vier Wochen an der Thorackerstrasse, je zwei Wochen in beide Richtungen, je die Hälfte verdeckt, die Hälfte offen. Es ist die einzig frei zugängliche Gemeindestrasse, bei der das V85 (85 Prozent der Verkehrsteilnehmenden) unter der vorgeschriebenen Geschwindigkeit liegt. Es liegt bei 46 km/h. Wir haben in diesen vier Wochen 26'000 Fahrten gemessen. Der DTV (durchschnittlicher Tagesverkehr) liegt bei rund 900 Fahrten pro Tag und Richtung.

Der GR beantragt die Überweisung und Abschreibung des Postulats. Er hat seine Haltung zum Temporegime im Allgemeinen und im Speziellen an der Thorackerstrasse unterdessen mehrfach dargelegt, mündlich und schriftlich. Wenn der Rat eine Temporeduktion auf der Thorackerstrasse anstreben will, kann er das durch den Verzicht auf die Abschreibung zum Ausdruck bringen. Merci vielmals.

Françoise Kearns (forum): Ich bedanke mich für die ausführliche Stellungnahme auf das gemeinsam eingereichte Postulat. Es bleibt bei 50 oder dann eben bei 46. In der Begründung wird festgehalten, dass die Thorackerstrasse eine wichtige Ortsverbindungsstrasse ist. Sie erfüllt somit einen übergeordneten Zweck und wird nicht anwohnerfokussiert behandelt, was mich als Anwohner natürlich stört. Auch gestört hat mich, dass man dabei nicht auf die Schulwegsicherheit einging. Man hätte zum Beispiel auch eine Temporeduktion machen können, bis die baulichen Massnahmen umgesetzt sind.

Die Thorackerstrasse ist eigentlich zu schmal für eine Kernfahrbahn bei Tempo 50. Es funktioniert trotzdem. Man hat es in Obwalden getestet. Die Kernfahrbahn hat sogar zu einer durchschnittlichen Temporeduktion von 4 km/h geführt. Jetzt hoffe ich einfach, dass die Berner ihrem Klischee entsprechen und noch langsamer fahren. Dann wären wir nächstens bereits bei unserem Wunschtempo.

Wie weiter mit dem Postulat? Das forum wird das Postulat überweisen, aber nicht abschreiben, damit genau das passiert, was im letzten Absatz beschrieben ist. Wir wollen ein Signal setzen und sicherstellen, dass die Thorackerstrasse auf dem Radar des GR bleibt. Also: Überweisen und nicht abschreiben. Dafür wünsche ich mir im Namen der Schulwegsicherheit eine erweiterte Unterstützung. Merci vielmals.

*Der Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.*

### Fraktionserklärungen

Raphael Racine (SP): Ihr könnte Euch heute völlig entspannen, ich werde nicht nochmals eine Gangsta-Rap-Rede halten wie letztes Mal. Sondern ich werde versuchen, im Rahmen meiner Möglichkeiten eine wohlwollende Rede zu halten. Hätte ich einen Führerschein – ich habe keinen –, hätte ich noch dazu ein Auto – ich habe keins –, dann würde ich die rund 400 Meter, vom Seidenberggässchen ausgerechnet, den langen Abschnitt bei der Thorackerstrasse, bei Tempo 50 in genau 28,8 Sekunden zurücklegen. Bei Tempo 40 hingegen bräuchte ich dazu 36 Sekunden. Ich hoffe, ich habe den Dreisatz richtig gemacht, ich bin Historiker, kein Mathematiker. Man hat also 7 Sekunden länger, wenn man Tempo 40 fährt. Ich frage jetzt hier in die Runde: Lohnen sich diese 7 Sekunden Freiheit, um gegen das Postulat anzukämpfen? Für uns von der SP-Fraktion lohnt es sich nicht.

Wir unterstützen den parteiübergreifenden Vorstoss zur Reduktion des Tempos auf 40 auf der Thorackerstrasse. Verschiedene Personen aus unserer Fraktion kennen die Verkehrssituation an der Thorackerstrasse sehr genau. Wir sind überzeugt, dass die Verkehrssicherheit der Schülerinnen und Schüler, die mit ihren Velos zu verschiedenen Schulhäusern fahren, mit Tempo 40 erhöht wird. Es ist auch klar: Weniger Tempo – weniger gefährlich, weniger Unfälle und vor allem weniger schwere Unfälle.

Das ist jetzt keine SP-Meinung, aber ich möchte zur Erinnerung sagen: Dieser Vorstoss für Tempo 40 wurde durch einen Expertenbericht gestützt. Sie haben es gewissermassen verlangt. Der Entscheid Tempo 40 wurde im gesamten Prozess vom Begleitgremium bestätigt. Bei der Mitwirkung hat eine Mehrheit gesagt, man macht Tempo 40. Die vorbereitende Kommission hat dem GR empfohlen: Wir wollen Tempo 40. Auch die Thoracker-Bevölkerung, sehr viele wollen Tempo 40. Hier liegt

ein Postulat vor, das von Ratsmitgliedern aller Parteien unterschrieben wurde. Ich möchte nicht gleich ein Mittagessen wetten, ob es das schon gab, und wahrscheinlich möchte nicht jeder mit mir Mittagessen, aber das ist ein anderes Thema. Jedenfalls haben es alle unterschrieben, und da frage ich mich manchmal doch: Wer ist eigentlich noch für Tempo 50? Die SP-Fraktion wäre noch einen Schritt weiter gegangen. Uns hat sogar die unverbindliche Form eines Postulats nicht gefallen. Wir befürchten, dass der Vorstoss ein Papiertiger bleibt, und hätten eigentlich sogar gerne die Umwandlung in eine Motion gesehen. Wir sprechen uns in diesem Sinn für eine Überweisung des Postulats aus, aber klar gegen eine Abschreibung. Herzlichen Dank.

Julien Reich (JF): 7 Sekunden hin und zurück jeden Tag im Jahr sind schon 85 Minuten. Das ist es mir wert. Die FDP-JF-Fraktion unterstützt die Abschreibung im Sinne des GR. Die geplanten Massnahmen zur Verkehrssicherheit auf der Thorackerstrasse wurden umfassend geprüft und werden mit der Einführung der Kernfahrbahn zielführend umgesetzt. Eine separate Tempo-40-Regel erachten wir als unnötig. Wir danken dem GR für seine pragmatische Haltung. Der Vorstoss ist aus Sicht der Fraktion abzuschreiben. Merci.

Markus Bärtschi (GR) und Françoise Kearns (forum) verzichten auf ein Schlusswort.

Beschluss (40 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)  
Das Postulat wird einstimmig überwiesen.

Beschluss (17 Ja [Abschreibung] / 23 Nein [Nichtabschreibung] / 0 Enthaltungen)  
Das Postulat wird nicht abgeschrieben.

## 6. Informationen des Gemeinderats / der parlamentarischen Kommissionen

Christa Grubwinkler (GR): Ich informiere Euch über zwei Dinge, die morgen mittels der App «Klapp» an die Erziehungsberechtigten von Kindergartenkindern und Schülern verschickt werden. Zum einen hat uns der Schulinspektor dieses Jahr eine Kindergartenklasse weniger genehmigt. Das heisst, wir sind noch bei 11 Kindergartenklassen. Das hat zur Folge, dass wir den Standort Sonnenfeld für das nächste Schuljahr wieder schliessen müssen. Das wird morgen den Erziehungsberechtigten mitgeteilt. Uns ist wichtig, dass Ihr es heute Abend, kurz bevor es an die Eltern geht, noch erfahrt.

Wir haben zudem, wie Ihr wisst, ab August das Oberstufenzentrum im Seidenberg-Schulhaus. Es wurden uns 16 Klassen genehmigt. Wir hatten im letzten Schuljahr die Situation, dass wir zwei sehr kleine Spezialklassen hatten, und es wäre dieses Jahr wieder genau das gleiche Thema gewesen. Deshalb haben wir entschieden, dass wir die Spez-Sek-Schüler im nächsten Schuljahr auf die Sek-Klassen verteilen. Das ist aber eigentlich gar keine grosse Sache. Denn wir werden ja die Einführung des Modells 3a haben, was bedeutet, dass wir für jeden Schüler eine Hauptklasse haben, also in den Fächern, in denen er seinen Leistungen nach am meisten zuhause ist.

Ich bringe Euch ein Beispiel, sonst ist es zu komplex. Wenn ein Schüler zum Beispiel in Mathematik und Deutsch Sek-Niveau und in Französisch Spez-Sek-Niveau hat, ist seine Stammklasse eine Sek-Klasse. Deshalb werden auch die Schüler, die Spez-Sek-Niveau haben, ihren Fähigkeiten und Bedürfnissen entsprechend geschult. Was anders sein wird, ist dann eben, dass die Spez-Sek-Schülerinnen und -Schüler in den Fächern, die nicht als Hauptfächer gelten, in den Tests zusätzliche Aufgaben lösen müssen, damit sie ihrem Niveau entsprechen.

– Nicht, Herr Rickenbach? Sie haben mich gerade so kritisch angeschaut. Habe ich etwas Falsches gesagt?

Rolf Rickenbach aus dem Publikum: Math, Deutsch und Franz sind getrennt, auch wenn die Stammklassen zusammen sind.

Christa Grubwinkler (GR): Ich habe gesagt, nicht die Hauptfächer. Ich habe gesagt, in den anderen Fächern, nicht in den Hauptfächern. Dort werden sie sowieso nach ihren Kriterien geschult. – Gut. Deshalb wird es eben im nächsten Schuljahr der Fall sein, dass wir keine reinen Spez-Sek-Klassen haben, sondern die Schüler auf die Sekundarschulklassen verteilt werden, was aber nicht heisst, dass die Spez-Sek abgeschafft ist, sondern es ist einfach für das nächste Schuljahr. Auch das wird morgen den Eltern mitgeteilt. Jetzt hat Carole noch eine kurze Information, die unsere beiden Ressorts betrifft, wo sie aber den Lead hat. Merci vielmals.

Carole Klopffstein (GR): Wir haben die erfreuliche Mitteilung, dass das Melchenbühl-Schulhaus ein halbes Jahr vor dem eigentlichen Abschluss fertiggestellt werden kann. Der Schulbetrieb kann schon wieder einziehen. Aber das hilft uns leider nicht, was den früheren Abschluss des Gesamtbauprojekts betrifft. Wir haben nämlich ein riesiges Thema mit den Containern. Wir können sie nicht vor Frühling 2026 ins Horbern zügeln, sonst fehlt den dortigen Schülerinnen und Schülern ein riesiges Platzangebot und der rote Platz. Das heisst, die Schülerinnen und Schüler können schon ab nächstem Semester zurück in ihr Schulhaus im Melchenbühl, aber die Container-Schule wird dortbleiben. Also, nicht wundern, wenn sie weiterhin dort ist. Sie wird für den Moment leer sein, ausser natürlich, es gäbe irgendeinen Bedarf der Schule, sie zu nutzen. Ich denke, so flexibel sind wir. Aber eben, es bedeutet de facto, dass wir trotz des tollen Vorziehens nicht früher fertig werden können, auch, was die Umgebungsgestaltung anbelangt.

Am 13. September findet im Melchenbühl-Schulhaus ein Tag der offenen Tür statt. Tragt Euch den Termin doch ein. Es würde uns freuen, wenn Ihr zahlreich erscheint.

Jan Köbeli (GR): Wenn wir gerade bei den Tagen der offenen Tür sind: Heute war der Tag der offenen Tür im neuen, unmöblierten Gemeindehaus. Ich habe viele von Euch gesehen, das hat mich sehr gefreut. Ich mache bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam, dass es im neuen Gemeindehaus auch einen zweiten Tag der offenen Tür geben wird. Ihr habt es in den «Lokal Nachrichten» sicher schon gesehen: Er findet am Samstag, 16. August, vormittags statt. Schreibt Euch das doch auch gleich auf. Alle Mitglieder des GR sowie die obersten Abteilungsleiter der Verwaltung werden anwesend sein; es wird ein Apéro serviert, und es wird ein schöner Anlass im gemütlichen Rahmen. – Samstag, 16. August, vormittags: Tag der offenen Tür im neuen Gemeindehaus. Das wär's.

Angelo Zaccaria (SP): Ich habe eine Botschaft aus der links-grün versiffen Stadt. Es ist die 15. Aktionswoche gegen Rassismus der Stadt Bern. An mich wurde herangetragen, ob wir vom GGR nicht ein Foto machen könnten, so, wie üblich. – Die, die wollen. Die, die nicht wollen, sind keine Rassisten, das ist auch klar. Wir möchten ein Foto machen, das auf den sozialen Medien und bei den Parteien verteilt wird, wenn man möchte. Merci vielmals.

Der Vorsitzende: Eine Ergänzung: Es ist nicht nur die Stadt Bern, sondern Muri unterstützt die Woche gegen Rassismus ebenfalls mit Veranstaltungen. Gemäss Plakaten sind wir offizielle Mitveranstalter der Woche gegen Rassismus.

Angelo Zaccaria (SP): Genau, man kann ohne Gefahr auf das Foto. Es ist kein Statement.

*Von den Informationen des GR und der parlamentarischen Kommissionen wird Kenntnis genommen.*

## 7. Neue parlamentarische Vorstösse

### **Motion Racine (SP), Grossenbacher (Grüne): Steigende Mieten sind kein Naturgesetz, Einführung einer Mietzinskontrolle**

Der Gemeinderat wird beauftragt,

1. die Grundlagen für die Einführung einer zeitlich beschränkten Mietzinskontrolle nach Sanierungen auszuarbeiten. Die Mietzinskontrolle soll nur im Fall eines Wohnungsmangels in der Gemeinde (Leerwohnungsziffer unter 1.5%) angewandt werden.
2. die dafür entsprechenden Änderungen in der Bauverordnung und/oder weiteren Reglementen der Gemeinde vorzunehmen.

#### **Begründung**

Die hier vorgeschlagene Mietzinskontrolle zielt auf eine Bewilligungspflicht für Mietzinserhöhungen im Zuge von baulichen Veränderungen ab, die Auswirkungen auf den Mietzins nach sich ziehen, verbunden mit behördlicher Festsetzung des überwältzbaren Investitionsanteils und Kontrolle des Mietzinses während einigen Jahren (beispielweise bei Sanierungsmassnahmen).

Aus rechtlicher Sicht ist für Gemeinden im Kanton Bern eine solche «beschränkte» bzw. temporäre Mietzinskontrolle im Zuge von Sanierungen ebenfalls zulässig, wie ein im Jahr 2022 durch den Mieterverband veröffentlichtes Rechtsgutachten von Thomas Merkli, Alt Bundesrichter und Dr. Dina Merkli, Alt Kantonsrichterin, nachweist.<sup>1</sup> Zudem gibt es bereits in Basel-Stadt in Genf zeitlich und inhaltlich beschränkte Mietzinskontrollen und im Stadtrat von Bern wurde im November 2024 ein analoger Vorstoss überwiesen.<sup>2</sup>

Die starke Erhöhung der Mieten ist kein Naturgesetz. Verschiedene Studien wie etwa die von Mieterverband in Auftrag gegebene Studie von «Bass»<sup>3</sup> im Jahr 2022 zeigen, dass die Mieten insgesamt zu hoch sind. Gründe dafür sind, dass viele Vermieter\*innen die Senkungen des Referenzzinssatzes nicht weitergeben, die Mietzinse bei Mieter\*innenwechsel erhöhen und nach Sanierungen die Mieten stärker erhöhen, als eigentlich erlaubt ist. Seit der Liberalisierung des Mietrechts sind Mieter\*innen selbst dafür verantwortlich, sich gegen zu hohe Mieten zur Wehr zu setzen. Das tun aber viele nicht, weil sie nicht genügend gut informiert sind, ihnen die Mittel für einen Rechtsstreit fehlen oder weil es (gerade bei Wohnungsnot) wenig attraktiv ist, gegen den eigenen Vermieter zu klagen.

---

1: <https://www.mieterverband.ch/dam/jcr:0a0ed964-761b-4153-b898-6ebe206f73e9/2022%2002%2022%20Rechtsgutachten%20SMV%20Merkli.pdf>

2: <https://stadtrat.bern.ch/de/dokumente/17d47d54fe074341b7214675b64ef926-332>

3: [file:///C:/Users/ms7f/Downloads/Studie%20BASS\\_Mietrenditen\\_DE.pdf](file:///C:/Users/ms7f/Downloads/Studie%20BASS_Mietrenditen_DE.pdf)

Gesamtschweizerisch sinkt zudem gemäss Bundesamt für Statistik die Leerwohnungsziffer (zuletzt bei 1,08%) stetig, was ein weiterer Beleg für den zunehmend knapper werdenden Wohnraum darstellt. Zu erwähnen ist, dass in der Gemeinde Muri-Gümligen die Leerwohnungsziffer mit 1,01% noch unter dem Schweizerischen Durchschnitt liegt. Die Einführung einer Mietzinskontrolle ist aufgrund der sich zuspitzenden Situation auf dem Wohnungsmarkt deshalb in unserer Gemeinde mehr als legitim und hilft, illegale Mietzinserhöhungen zu verhindern.

Gümligen, 18. März 2025

R. Racine / F. Grossenbacher

N. Zurlinden, L. Arnold, V. Legler, E. Liechti, S. Anliker, P. Messerli, A. Zaccaria, K. Künti, S. Perler, F. Grossenbacher, M. Koelbing, H. Gashi, K. Schnyder (15)

### **Interpellation Racine (SP), Messerli (forum): Endlich bezahlbare Ferienbetreuung!**

Der Gemeinderat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie viele Kinder haben in den letzten 4 Jahren das Ferienangebot von «profawo» in der Gemeinde Muri-Gümligen besucht? Falls möglich, bitte mit einer Aufschlüsselung nach Altersgruppen.
2. Wie verteilen sich die Elternbeiträge anteilmässig auf die Tarife CHF 30, CHF 50 und CHF 70?
3. Welche finanzielle Unterstützung hat die Gemeinde in den letzten vier Jahren (pro Jahr) für das Ferienangebot von «profawo» geleistet?
4. Welche Beiträge hat die Gemeinde dafür vom Kanton erhalten?
5. Wie viel müsste die Gemeinde jährlich beisteuern, damit die Elternbeiträge auf maximal CHF 20 bzw. CHF 30 pro Kind und Tag gesenkt werden können?<sup>4</sup>
6. Warum kostet das gleiche Ferienangebot von «profawo» in Ostermundigen CHF 20 pro Kind und Tag, während in Muri-Gümligen die Mindestbeiträge erst ab CHF 30 starten?
7. Weshalb werden für das Ferienangebot von «profawo» keine ähnlichen Tarife wie bei der Tagesschule angewendet (abgestufte Kosten je nach Einkommen, Vermögen und Familiengrösse)?

### **Begründung**

Für berufstätige Eltern stellen die 13 Wochen Schulferien eine organisatorische und finanzielle Herausforderung dar. Umso wichtiger spielt dabei eine unkomplizierte und bezahlbare Ferienbetreuung. Die durch «profawo» angebotene Ferienbetreuung von der Gemeinde Muri-Gümligen ist nach wie vor sehr teuer und die Mindestansätze für tiefe Einkommen ziemlich hoch.<sup>5</sup> Je nach Einkommen belaufen sich die Elternbeiträge auf CHF 30, CHF 50 oder CHF 70 pro Kind pro Tag.<sup>6</sup> Interessanterweise kostet das gleiche Angebot von «profawo» in Ostermundigen zwischen CHF 20 und CHF 70.<sup>7</sup> Das Angebot der Gemeinde kann mit anderen Anbietern von Ferienbetreuung, wie zum Beispiel der Kirchgemeinde von Muri-Gümligen, nicht mithalten: Das «Kids Sommerprogramm» vom 7.–11. Juli 2025, das

4: Für die Berechnung könnte man beispielsweise die letzten verfügbaren Ist-Zahlen (vom 2024) nehmen und anhand dieser Zahlen durchrechnen, wie viel die Gemeinde hätte finanziell beitragen müssen, damit der Tarif für alle max. CHF 20 oder max. CHF 30 pro Kind pro Tag betragen hätte.

5: Siehe auch Motion Racine (SP): Schluss mit der überbeuerten Ferienbetreuung!, [https://www.muri-guemligen.ch/public/upload/assets/1390/jggr\\_2019\\_03\\_04.pdf?fp=2](https://www.muri-guemligen.ch/public/upload/assets/1390/jggr_2019_03_04.pdf?fp=2), Stand: 12.02.2025.

6: Siehe <https://www.muri-guemligen.ch/bildung-soziales/kinderbetreuung/ferienbetreuung.html/175>, Stand 12.02.2025.

7: [https://www.kidsco.ch/fileadmin/2019/Dokumente/kidsco/Ferienbetreuung/Bern/Flyer\\_Ferienbetreuung\\_Ostermundigen\\_2024.pdf](https://www.kidsco.ch/fileadmin/2019/Dokumente/kidsco/Ferienbetreuung/Bern/Flyer_Ferienbetreuung_Ostermundigen_2024.pdf), Stand 12.02.2025.

sich an Kinder/Jugendliche ab der 1. Klasse wendet, ist kostenlos (ohne Mittagessen) und deckt fast den ganzen Tag ab (09–17 Uhr).<sup>8</sup> Es liegt nahe, dass viele Eltern das Angebot der Kirchgemeinde wählen und auf das «konfessionsneutrale» und an alle Kinder gerichtete Programm durch «profawo» verzichten. Andere Ferienprogramme (z. B. Sportcamps) hingegen richten sich speziell an Sportbegeisterte und zielen damit im Gegensatz zum Angebot der Gemeinde und der Kirchgemeinde nur auf spezifische Gruppen von Kindern/Jugendlichen ab.

Auch im Quervergleich mit anderen Berner Gemeinden ist die Ferienbetreuung in unserer Gemeinde vor allem bei den Mindesttarifen (CHF 0 für Muri-Gümligen) teurer. Nebst dem oben erwähnten Hinweis, dass in Ostermundigen die Ferienbetreuung pro Tag pro Kind schon ab CHF 20 möglich ist, kostet in der Stadt Bern beispielsweise die Ferienbetreuung einkommensabhängig pro Kind pro Betreuungsstunde zwischen 1 bis max. 5 Franken (bei 8 Stunden Betreuung folglich zwischen 8 bis max. 40 Franken ohne Mittagessen bzw. zwischen 11 bis 49 Franken mit Mittagessen). In Köniz kostet die Ferienbetreuung pro Kind pro Tag einkommensabhängig zwischen CHF 18 bis CHF 132 mit Mittagessen.

Angesichts dieser Unterschiede stellt sich die Frage, ob eine Anpassung der Finanzierung oder Tarifstruktur möglich wäre, um die Ferienbetreuung in Muri-Gümligen sozial gerechter und für alle Familien erschwinglicher zu gestalten.

Gümligen, 18. März 2025

R. Racine / P. Messerli

N. Zbinden, L. Arnold, V. Legler, E. Liechti, S. Anliker, Ch. Lucas, F. Kearns, H. Beck, C. Egli, J. Schenk, A. Zaccaria, K. Künti, F. Grossenbacher, M. Koelbing, H. Gashi, G. Grossen, K. Schnyder (19)

### **Interpellation Schnyder (SP): Verbot von lautem Feuerwerk an Silvester**

Der Gemeinderat wird gebeten, folgende Frage zu beantworten:

1. Welche rechtlichen Grundlagen bestehen für die Gemeinde Muri-Gümligen, um das Abbrennen von lautem Feuerwerk an Silvester einzuschränken oder zu verbieten?

#### **Begründung**

Das Abbrennen von Feuerwerk hatte ursprünglich seinen festen Platz am Nationalfeiertag, hat sich in den letzten Jahren jedoch zunehmend auf den Jahreswechsel ausgeweitet. Dabei ist eine deutliche Zunahme der Lärm- und Luftbelastung zu beobachten, die gesundheitliche und sicherheitstechnische Risiken für Mensch und Tier mit sich bringt.

Die lauten Explosionen können insbesondere geflüchtete Menschen aus Kriegsgebieten psychisch belasten oder retraumatisieren. Zudem kommt es regelmässig zu Unfällen, Sachbeschädigungen und Umweltschäden durch Feinstaub- und Schwermetallrückstände.

Mehrere Gemeinden in der Schweiz haben bereits auf diese Problematik reagiert. So besteht etwa im Kanton Graubünden in vielen Gemeinden ein Verbot von lautem Feuerwerk an Silvester (vgl. Mitteilung der Tourismusorganisation Graubünden,

<sup>8</sup>: <https://www.rkmg.ch/sommerferien>, Stand 12.02.2025.

2024). Ziel ist kein vollständiges Feuerwerksverbot – leises bzw. sogenanntes «stilles» Feuerwerk, etwa Vulkane oder Lichterspektakel, soll weiterhin möglich bleiben.

Angesichts der zunehmenden Belastung soll geklärt werden, in welchem rechtlichen Rahmen die Gemeinde Muri-Gümligen tätig werden kann

Muri-Gümligen, 18.03.2025

Kathrin Schnyder

A. Zaccaria, K. Künti, M. Koelbing, Ch. Lucas, S. Anliker, E. Liechti, M. Sager, V. Legler, L. Arnold, S. Fankhauser, N. Zurlinden, R. Racine, F. Kearns, B. Legler, R. Soder, C. Eggli, H. Gashi, G. Grossen (19)

### Mitteilungen

Der Vorsitzende: Gibt es Mitteilungen aus der Ratsmitte? Wenn nicht, kommen wir zum Schluss der Sitzung. Hat jemand einen Einwand dagegen? Man muss das formell fragen, sonst sind wir in der Geschäftsordnung nicht korrekt unterwegs. Die nächste Sitzung findet am 29. April 2025 statt.

Ich danke für die engagierten Voten. Bitte sendet diese möglichst in schriftlicher Form per E-Mail an die Protokollführerin. Wenn Ihr sie schon auf Papier habt, könnt Ihr sie Corina mitgeben. Wie gesagt, wird das Protokoll aufgrund der Aufnahmen verfasst, deshalb habe ich auch immer deutlich Eure Vor- und Nachnamen gesagt und von welcher Fraktion Ihr seid, damit die Protokollführerin es auch entziffern kann.

Das heutige Apéro wird vom forum offeriert. Es gibt, glaube ich, kein Bier, gell, Patricia? Für die April-Sitzung werden die Grünen das Apéro spendieren. Ich wünsche viele anregende Gespräche und einen schönen Abend und schliesse damit die Sitzung.

\*\*\*\*\*

*Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.*

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN  
Der Präsident: Die Protokollführerin:

Hilmi Gashi

Corinne Schweizer